

Bereitstellung der Schupa, und das bestätigt die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches, mit der den Arbeitern das Streikrecht genommen werden soll.

Wollen die Arbeiter ihre Kämpfe siegreich führen, wollen sie die Kapitalisten schlagen, dann ist es die erste Aufgabe, den Einfluß und die Macht der Reformisten und der SPD-Zübrückerschaft zu brechen, deren Ziel nicht der Klassenkampf, sondern die Koalitionspolitik mit der Bourgeoisie und die Politik der Arbeitsgemeinschaft und der Wirtschaftsdemokratie mit den Unternehmern ist. Diese Lehre müssen im besonderen Maße die sächsischen Arbeiter ziehen, die am eigenen Leibe die Folgen der schändlichen Koalitionspolitik verspürt haben.

Im geliebten „Vorwärts“ verläßt der Bundesvorstand des ADGB in einem Leitartikel sich gegen die Angriffe der Kommunisten, der ADGB verzichte auf das Streikrecht der Arbeiter, das geltende Arbeitsrecht verbiete den Gewerkschaften in keiner Weise, gegen Zwangsarbeit den Streik zu erklären, und er sei zu keinem Verzicht auf den Streik nach erfolgter Arbeitsgemeinschaft verpflichtet, zu rechtfertigen und zu verteidigen. Er stellt die Behauptung auf, der ADGB habe niemals auf das Streikrecht verzichtet, jedoch mache das geltende Schlichtungswesen die Zulassung zum Streik sehr oft unmöglich. Wörtlich sagt der „Vorwärts“:

„Wäre nicht nur ein Teil, sondern die Mehrheit der Arbeiter Mitglieder der Gewerkschaften, dann würden die Gewerkschaften auf Zwangsarbeit verzichten können, aber auch dann würden die Gewerkschaften zu keinem Streik aufrufen, der sich gegen den Bestand der geltenden Tarife richtet, weil zur Grundlage der Gewerkschaftsbewegung die Tarifstreue unbedingt gehört.“

Auf den Vorwurf, die Gewerkschaftsführer verzichteten durch die Arbeitsgemeinschaft auf den Streik, antwortet der ADGB, die Gewerkschaften hätten sich in keiner Weise zur Aufgabe oder Preisgabe irgendwelcher Arbeiterrechte verpflichtet. Wenn das nicht geschehen sei, sei das nur auf die Schwäche der Gewerkschaften zurückzuführen. Immer wieder aber leuchtet durch, daß die Gewerkschaften ihrer Natur nach „tarifstreue“ sein müssen. Wörtlich heißt es:

„Daraus ergibt sich aber mit zwingender Logik, daß die Gewerkschaften gegen Zwangsarbeitsverträge nicht streiken und die Streikunterbrechung sperren können... Die deutsche Gewerkschaftsbewegung weiß aus jahrzehntelanger Erfahrung, daß in der Entwicklung auch Rückschläge unvermeidlich sind. Derartige Rückschläge werden in dem Maße verhindert, wie die Arbeiter die Notwendigkeit der Gewerkschaften einsehen und Gewerkschaftsmittelglieder werden. Damit werden die Gewerkschaften auch in der Lage sein, für die Abschaffung der Verbindlichkeitsklärungen einzutreten, und dann besteht Streikfreiheit im Rahmen der förmlichen Staatsgrundzüge unbeschränkt...“

Daraus geht klar hervor, daß der ADGB nicht gewillt ist, den Kampf der Arbeiter gegen den Schlichtungsschwindel und den Raub des Streikrechts durch die Verbindlichkeitsklärungen zu unterstützen. Was der ADGB unter „Streikfreiheit im Rahmen der förmlichen Staatsgrundzüge“ versteht, das haben die Arbeiter nunmehr zur Genüge erfahren. Die Stellungnahme des ADGB zeigt den Arbeitern erneut mit zwingender Notwendigkeit, daß die Gewerkschaften erst dann wieder ein Klasseninstrument der Arbeiter sein werden, wenn die Arbeiter verstehen, die Macht dieser unterbesten Reformisten in den Gewerkschaften zu brechen. Ihnen muß die Führung der Arbeiterorganisationen einzuwenden werden. Die Gewinnung aller noch gewerkschaftlich Unorganisierten ist eine Voraussetzung, wenn wir bei den kommenden schweren Kämpfen gegen einen neuen Verrat der Reformisten gesichert sein wollen. Diese Lehre gilt es jedem Arbeiter klar zu machen. Erreichen wir das Ziel, erobern wir den führenden Einfluß in den Gewerkschaften, dann wird auch dem Sandwerk dieser Verräter ein Ende bereitet sein, dann erst wird die Bahn frei, auf der die Arbeiterklasse kämpfend und siegend voranschreiten kann.

### Der „Vorwärts“ für die Raubfürsten

Der „Vorwärts“ fühlt sich natürlich verpflichtet, die Behauptungen der preussischen Regierung, den Vergleich mit den Hohenzollern abzuschießen, zu verteidigen. Ausgerechnet der sozialparteiliche Abgeordnete von Kriege wurde von Braun und Seewering als Unterhändler nach Doorn geschickt. Mit ganz wenig Abstrichen erhalten die Hohenzollern fast die ganzen Vermögenswerte, die ihnen durch den schändlichen Oktoberkrieg gleich ausgeplündert wurden. In den bürgerlichen Blättern spricht man verächtlich davon, daß sich der neue Vergleich dem Reichstagskompromiß annähere.

Der „Vorwärts“ schreibt über die Bemühungen der preussischen Regierung:

„Die sachliche Beurteilung ihres Versuchs, mit den Hohenzollern auseinanderzukommen, kann durch bewußt verlogene kommunistische Agitationsphrasen nicht im mindesten beeinflusst werden.“

Und er nennt es „kommunistische Heide“, wenn die Arbeiterklasse zum Widerstand gegen die Auslieferung von vielen Hunderten von Millionen Mark an Werten in die Taschen der räuberischen Hohenzollern aufgefordert wird. Die notleidenden Volksmassen wollen allerdings nicht, daß die Hohenzollern und die ganze Fürstenabfindung nach dem kapitalistischen Recht „juristisch“ erledigt wird. Dieses kapitalistische Recht, die Klassenjustiz, wird immer gegen die Arbeiter und das werktätige Volk aufgebracht. Nur durch einen gewaltigen Sturm der Empörung, durch eine Welle von großen Straßendemonstrationen kann die preussische Regierung zu unter Druck gesetzt werden, daß sie die räuberischen Fürstenforderungen nicht zu erfüllen wagt. Dann wird sie und der „Vorwärts“ — notgedrungen, wie beim Volksentscheid — von den Agitationsphrasen sehr stark beeinflusst werden.

### Die Lebensmittelpreise steigen

Die auf den Stichtag des 6. Oktober berechnete Großhandelsindexziffer des statistischen Reichsamtes ist gegenüber dem 29. September um 1 Prozent auf 126 gestiegen. Von den Hauptgruppen haben die Agrarerzeugnisse um 1,8 auf 130,3 angezogen, während die Industriestoffe um 0,3 Prozent auf 125,5 nachgaben.

Trotz dieser steigenden Preise vollziehen die Unternehmer den Abbau der Löhne, der Abbau der Erwerbslostenfürsorge wird vorbereitet.

Die Gewerkschaften führen keine Kämpfe, sondern würgen, wie in Hamburg, die Kämpfe der Arbeiter ab. Die gesamte Arbeiterklasse muß sofort und entschlossen Stellung nehmen und den Kongreß der Werktätigen organisieren.

### Die Landtagskandidaten der Volkspartei

Die Deutschnationalen Volkspartei hat am Dienstag ihre Kandidaten für Ostpreußen aufgestellt. Auf der Liste stehen mit Ausnahme des Abgeordneten Jäger alle bisherigen deutschnationalen Abgeordneten. An der Spitze steht Adolf Breiter, Hofmann, Dresden-Moscowitz, dann Gutsbecker, Schreiber, Mühlberg, als dritter Sanitätsrat Dr. Krejchmer, Dresden-Neustadt.

### Welche Luft, Soldat zu sein

Berlin, 8. Oktober. Die Abendblätter melden: In der Richard-Wagner-Straße wurde heute morgen ein Reichswehr-Soldat bewußtlos mit aufgeschüttelten Pulsadern aufgefunden. Der Verletzte wurde der Charité zugeführt. Es handelt sich, wie wir erfahren, um einen Oberleutnant der 3. Kompanie des 5. Infanterieregiments. Offensichtlich liegt ein Selbstmord vor.

Die Selbstmorde bei der Reichswehr halten an, vielfach in der Grund- und Mittelschicht der Vorgesetzten gegen die Soldaten.

## Einberufung des Kongresses der Werktätigen

In einer Sitzung des Vorbereitenden Ausschusses für den Kongreß der Werktätigen wurde beschlossen, den Kongreß für die zweite Hälfte des Monats November nach Berlin einzuberufen. Aus den Berichten der Organisationsleiter, wie auch aus den Besichten aus dem Reich wurde festgestellt, daß immer heftigere Bevölkerungsschichten für den Kongreß gewonnen werden. In zahlreichen Betrieben wurden bereits Delegierte gewählt, die Erwerbslosen stellen sich in immer größerer Zahl hinter den Kongreß, eine Reihe besserer Gewerkschaftsorganisationen, Konsumvereine, Mietervereine haben Beschlüsse für den Kongreß gefaßt. Der Ausschuß beschloß, die Kampagne weiter zu steigern und besonders in die notleidenden Mittelschichten und aufs flache Land zu tragen. Ein besonderer Unteranschluß wird sich mit der Notlage der geistigen Arbeiter beschäftigen und ein spezielles Programm für den Kongreß ausarbeiten. Der Delegationsmodus für den Kongreß wird in den nächsten Tagen veröffentlicht werden, ebenso die vorläufige Tagesordnung.

### Für den Kongreß der Werktätigen

Am 6. Oktober, nachmittags 3 Uhr, fand in Dresden eine sehr beachtete Erwerbslosenversammlung in der „Reichstrone“ statt. An 6 Me des verhöhrten Erwerbslosen-Vorstandes von Chemnitz sprach der Vorsitzende des Dresdener Erwerbslostenrates, Genosse Reichelt, über den Stand der Erwerbslosenbewegung Dresdens und ging auf die Bedeutung des Kongresses der Werktätigen ein. Er zeigte an Hand von Besprechungen im Reichsarbeitsministerium, daß die Erwerbslosen in der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung keine Stellung ihrer wirtschaftlichen Lage zu erwarten haben, und bezeichnete als Ausfall zur Mobilisierung der Massen den Kongreß der Werktätigen. Nach eingehender Aussprache, in der auch ein Vertreter der Volkspartei des Mittelstandes seine Ansicht darlegte, und dann im Rahmen der kommunistischen Partei der Stadtordnende Schrapel den Standpunkt der kommunistischen Partei zum Kongreß der Werktätigen und die Beschlüsse der Stadtverordneten in der Frage der Erwerbslosenunterstützung aufzeigte, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die am 6. Oktober in der „Reichstrone“ in Dresden-N. zahlreich versammelten Erwerbslosen und Ausarbeiter begrüßen den Aufruf des preussischen Volksrates zur Durchführung des Kongresses der Werktätigen. Sie erklären gerade jetzt angesichts der Lage des Industrie- und Handelskapitals auf die Existenzbedingungen der gesamten arbeitenden Klasse, sich mit allen Mitteln für die Durchführung des Kongresses der Werktätigen einzusetzen. Die Dresdener Erwerbslosen unterstützen auf schärfste das Vorgehen der Breslauer Polizei gegen die Erwerbslosen und sprechen den Breslauer Blutopfern ihre vollste Sympathie aus. Sie geloben, dafür zu sorgen, daß die Dresdener Erwerbslosen reiflich mobil gemacht werden zur Vertretung ihrer Interessen.“

Am 6. Oktober fand in Heidenau, vormittags 9.30 Uhr, eine Versammlung der Heidenauer Erwerbslosen statt. In derselben sprach der Vorsitzende des Kreis-erwerbslostenrates, Genosse Lichtenhan über die Bedeutung des Kongresses der Werktätigen. Nach eingehender Aussprache, in der auch Erwerbslostenfragen von Heidenau besprochen wurden, wurde folgende Resolution angenommen:

„Die im „Schönenhaus“ tagende Versammlung der Erwerbslosen von Heidenau begrüßt den Aufruf zum Kongreß der Werktätigen und hofft, daß er der Ausfall sei zum Kampf aller Werktätigen zur Beseitigung der kapitalistischen Herrschaft.“

## Beschärfte Streifflage in England

Die Bergarbeiter kapitulieren nicht — Ein Vorstoß der Konservativen

London, 8. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die Bergarbeiter haben die Regierungsvorläufe über die Schlichtung des Grubenstreiks mit 737.000 gegen 43.000 Stimmen abgelehnt. Der Vollzugsausschuß der Bergarbeiter hat daraufhin einstimmig eine Entschlieung angenommen, worin er seinerseits die Vorläufe als unannehmbar bezeichnet. Nachdem die Delegiertenkonferenz der Bergarbeiter in einer Entschlieung die Regierungsvorläufe über Verlegung des Konflikts als unannehmbar bezeichnet hatte, wurde eine Entschlieung der Delegierten von Südwales angenommen. Diese Entschlieung fordert: 1. Zurückziehung der Arbeiter von den Pumpen. 2. Alle interessierenden Gewerkschaften sollen aufgefordert werden, sich der Einfuhr ausländischer Kohle energisch zu widersetzen. 3. Der Kampf gegen die Bergwerksbesitzer soll in Zukunft in viel schärferer Form geführt werden. So sollen mehr Versammlungen der Streikenden als bisher abgehalten werden. 4. Der Generalrat der Gewerkschaften wird aufgefordert, von allen Mitgliedern eine besondere Abgabe als Unterstützung für die Streikenden abzuführen. Die Konferenz hat sich nach der Annahme dieser Entschlieung verlagert.

Während in Hamburg durch den Verrat der Gewerkschaftsführer der Kampf der Hamburger Arbeiter abgemüht wurde, während damit die Gewerkschaftsführer sich für die kommenden Kämpfe auf die Seite der Unternehmer stellten, führen die Engländer jetzt schon im letzten Monat ihren heroischen Kampf

## Jeder Funktionär

und jedes Mitglied der Partei muß das

# Handbuch

der KPD zur  
Sachsenpolitik  
und zur  
Landtagswahl  
lesen

Die Buchhandlung Oswald Groß  
Jakobsgasse 15 liefert die Handbücher  
an Mitglieder zum Preise von 50 Pf.

## Die Koalition in Preußen

Der neue preussische Innenminister hat gestern seine Mission vor den Beamten seines Ministeriums gehalten. Er drückte sich über seine künftige Politik sehr vorsichtig aus. Ein Programm, so erklärte er, wolle er nicht aufstellen. Dann jagte er nach „großen Vorbildern“, seine Aufgabe bestche darin, dem Staate und dem deutschen Volke zu dienen. (Die Nacht nach vom Koffe aus Reichswehrtage. — Der König ist der erste Diener seines Staates, Friedrich der Erste.)

Natürlich wird Grzesinski den Staat und die Bevölkerung gegen die hungernden Proleten schützen. Das hätte er nicht nochmals zu geloben brauchen. Im übrigen erklärte er, „sozialverträglich“ wirken zu wollen.

Das kann ja wohl nichts anderes bedeuten, als daß er sich bereit erklärt, den Forderungen der Kapitalisten nach einem Abbau der Sozialfürsorge entgegenzukommen. Bekanntlich sind nach sozialdemokratischer Auffassung die Forderungen nach einer wirklichen Sozialfürsorge „unvernünftig“. Kein Wort hat der sozialdemokratische Innenminister zur Hebung der Lage der Arbeiter gesprochen, kein Wort zu dem Angebot desormaligen Kaisers, nach Preußen zurückzukehren.

Der Mißtrauensantrag der Kommunisten wird die Regierung zum Reben zwingen.

Der Sozialdemokrat Grzesinski legte sich nicht fest, er läßt Bahn frei für die Große Koalition.

### Volkspartei und Koalition

Die Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei lehnte heute ihre Beratungen über die Bildung der Koalition in Preußen fort. In einer Entscheidung ist es noch nicht gekommen.

### Der hohenzollerntreue Seedt

Der „Reichsdienst der Presse“ behauptet, daß Seedt seitlich von der Teilnahme des Sohnes des ehemaligen Kronprinzen an den Reichswehrmannsversen in Mönningen nicht informiert gewesen sei. Dagegen war aber der General von Seedt von der Sache informiert. Dieser oberste militärische Leiter soll auch nicht daran denken, den Kommandeur des Reichswehrregiments etwa disziplinarisch für die Einstellung des Hohenzollern in die „Traditionskompanie“ zu mahnen. Seedt bestet den Regimentskommandeur. Und der „Demokrat“ Gehter? Dieser Schwärzer der Schwärzen Reichswehr, Gönner aller monarchistisch gesinnten Offiziere, wird gewiß alles tun, um über die ärgerlichen Zwischenfälle (der allerdings nur darin besteht, daß die ganze Angelegenheit in die Presse und in die Öffentlichkeit kam) Gros wachen zu lassen.

### Um Seedt

Schwankende Haltung Hindenburgs.

Berlin, 8. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Im Fall Seedt ist noch keine Entscheidung getroffen worden. Wie die bürgerlichen Blätter mitteilen, soll Hindenburg den Standpunkt Seedts gebilligt haben. Jedoch wird heute vormittag noch einmal Marx mit Hindenburg über den Streitfall konfultiert. Es besteht die Aussicht, sowohl Seedt, als auch Gehter im Amt zu halten. Der „Vorwärts“ von heute früh geht dagegen sehr stark vor und bezeichnet den Konflikt als eine Art der Republik.

Der „Vorwärts“ nutzt die Gelegenheit, um eine Propaganda-Kampagne zu führen. Noch nie hat die SPD einen ernsthaften Kampf gegen die Reichswehr und Gehter geführt. Die SPD hat im Gegenteil, als Seedt an der Spitze stand, den Reichswehretat bewilligt. Wenn Seedt geht, wird ein anderer kommen, der die Reichswehr weiter zu einem Instrument gegen die Arbeiter ausbaut. Nicht Seedt allein muß beiseite werden, sondern der gesamte Militärapparat der Reichswehr.

weiter. Noch sind die Kämpfenden nicht gebrochen. Auf jeden Vorstoß der Kapitalisten und der konservativen Regierung antworteten sie mit einer verhärteten Kampflinie.

Heute, nachdem der Streik schon über 3 Monate dauert, beschloßen die Bergarbeiter keineswegs den Abbruch des Kampfes, sondern seine Verhärtung. Hart auf hart stehen sich die Heeresleger der Kapitalisten und der Arbeiter gegenüber. Die Antwort der Bergarbeiter auf die Forderung zu kapitulieren ist der Beschluß, die Kohlenarbeiten endgültig einzustellen.

Dieser gewaltige Heldennut der englischen Bergarbeiter muß jeden mit Bewunderung über die Kraft und Kampfenntschlossenheit erfüllen. Aber dieser Kampf ist auch ein glänzendes Beispiel für die Kampfmöglichkeit einer entschlossenen Arbeiterschaft.

Kann und darf die deutsche Arbeiterschaft noch länger so tatenlos zusehen? Die deutschen Arbeiter müssen sofort alle Unterstützungsmöglichkeiten im stärksten Maße einziehen.

Vor allen Dingen muß sofort finanziell stärker eingegriffen werden. Trotz der Beschlüsse des ADGB ist von einer wirksamen Unterstützung nichts zu verspüren. Der Hamburger Hafenarbeiterkampf, der die Möglichkeit einer wirklich aktiven Unterstützung geboten, wurde im Interesse der Kapitalisten abgebrochen. Die deutschen Arbeiter dürfen sich aber von ihren englischen Kollegen nicht länger behelmen lassen. Sammelt für die Unterstützung der englischen Bergarbeiter! Sorgt für die Einstellung der Kohlentransporte nach England.

Die tapfere Haltung der Bergarbeiter steigert die Kohlenpreise in England, die englischen Kapitalisten stehen einer Macht im eigenen Lande gegenüber, die sie bis jetzt noch nicht zu überwinden vermochten. Die Kapitalisten führen einen hartnäckigen Kampf. Mit den englischen Bergarbeitern soll die gesamte internationale revolutionäre Arbeiterbewegung getroffen werden.

In Scarborough tagt der Parteitag der englischen Konservativen. Die Kapitalisten haben sich zum Ort ihrer Tagung den Plan ausgewählt, von wo die Bergarbeiter ihren Kampf verkünden. Schon die Auswahl dieses Ortes zeigt, daß die Kapitalisten Englands einen harten Kampf zu führen gedenken. Auf diesem Parteitag erklärte die Vorsitzende Bridgeman, daß die Gewerkschaften sich in Politik einmengen, daß sie revolutionäre Tendenzen pflegen. Dann betonte sie, die Millionen, die der Bergarbeiterstreik koste, seien gut angewendet, wenn damit dem Kommunismus der Todesstoß versetzt werde. Der Kommunismus, der getroffen werden soll, das ist der Klassenkampf der Arbeiter, das ist das Streikrecht und Koalitionsrecht. Das geht aus einer Entschlieung hervor, die dann von diesem Parteitag der englischen Kapitalisten angenommen wurde. Sir Ribben legte eine Resolution vor, die einstimmig angenommen wurde, in der verlangt wird:

1. Jeden Streik für ungleichmäßig zu erklären, wenn nicht eine geheime Abstimmung der Mitglieder der beteiligten Gewerkschaften vorangeht. 2. Die Arbeitswilligen während eines Streiks vor Terror- und Einschüchterungsversuchen zu schützen. 3. Zu verhindern, daß Streikposten aufgestellt werden, und 4. die Führer der Gewerkschaften sollen durch einen vereidigten Führer einer Nachprüfung unterzogen werden.

Das ist ein frecher Vorstoß gegen das Koalitionsrecht. Der Streik der englischen Bergarbeiter gewinnt durch die beiden Tagungen noch mehr an internationaler Bedeutung. Dort wird eine Generalischiacht geschlagen, es geht nicht mehr nur um Arbeitszeit und Lohn, es geht um die Grundrechte der Arbeiter. Ein Sieg der englischen Kapitalisten wird die Reaktionen der ganzen Welt ermuntern, sie zu verhärteten Vorgehen veranlassen.

Arbeiter Deutschlands, jetzt gilt es: Internationale Solidarität! Hilfe für die englischen Kameraden!